

Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hg.)



DIE KRISE IN GRIECHENLAND



Ursprünge, Verlauf, Folgen

campus

Die Krise in Griechenland

Ulf-Dieter Klemm lebte vor seinem Jurastudium sechs Jahre in Athen. 1977 trat er in den deutschen Auswärtigen Dienst ein, der ihn unter anderem als Kulturreferent an die Botschaft Athen führte. Bis 2011 war er Botschafter in Marokko und ist heute als Autor und Übersetzer griechischer Bücher und Texte tätig. *Wolfgang Schultheiß* blickt auf ein 36-jähriges Berufsleben als Diplomat zurück. Von 2001 bis 2005 war er außenpolitischer Berater der Bundespräsidenten Rau und Köhler, anschließend bis zu seiner Pensionierung 2010 Botschafter in Athen. Er ist Mitherausgeber eines Buchs über die deutsch-griechischen Beziehungen und Gründer der Beratungsplattform »DiploConsult«.

Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hg.)

Die Krise in Griechenland

Ursprünge, Verlauf, Folgen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-50308-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	9
Aussprache und Transkription griechischer Wörter	11
Einleitung	13
<i>Wolfgang Schultheiß</i>	

I. VERLAUF DER KRISE

Griechische Politik 2009–2014: Der Kampf um Kredite und der mühsame Weg zu Reformen.....	35
<i>Pános Kazákos</i>	
Die griechische Gesellschaft unter dem Druck der Krise	54
<i>Aléxandros-Andréas Kýrtsis</i>	
Krise, aber nicht Unregierbarkeit: Das griechische Parteiensystem im Umbruch.....	70
<i>Vassiliki Georgiadou</i>	

II. GRÜNDE DER KRISE

Die Ursachen der griechischen Wirtschaftskrise: Eine europäische Perspektive	89
<i>Manólís Galenianós</i>	

Staatsverständnis und Klientelismus in Griechenland.....	111
<i>Andréas Stergiou</i>	
Parteien und Gewerkschaften	126
<i>Gustav Auernheimer</i>	
Die Korruption im modernen Griechenland.....	142
<i>Kostas Bakouiris und Vasilis Sotirópoulos</i>	

III. HISTORISCHE PERSPEKTIVE

Staat und Gesellschaft in Griechenland seit 1830	161
<i>Antónis Liákos</i>	
»Leider sind wir bankrott« – Zahlungsausfälle in der Geschichte Griechenlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert.....	182
<i>Korinna Schönhärl</i>	
Die griechische Staatsverschuldung und die Krise.....	198
<i>Tássos Giannítsis</i>	
Das politische System Griechenlands seit 1974.....	216
<i>Thános Verémis</i>	
Griechenland in der Europäischen Union	234
<i>Andréas Stergiou</i>	

IV. ÄUSSERE RAHMENBEDINGUNGEN

Griechenland und seine Nachbarn	255
<i>Jánnis Valinákis und Sotiris Sérbos</i>	
Flüchtlinge – griechisches Problem und europäische Herausforderung	269
<i>Karl Kopp</i>	

V. DEUTSCH-GRIECHISCHE PROBLEMFELDER

Griechenland im Zweiten Weltkrieg.....	285
<i>Richard Clogg</i>	
Reparationsforderungen: Umfang, Rechtsfragen, politische Rahmenbedingungen.....	299
<i>Kateřina Králová und Nikola Karasová</i>	
Die Rolle der Medien	326
<i>Hans Bickes, Tina Otten und Laura Chelsea Weymann</i>	
Deutsche und Griechen: Eine Beziehung mit Missverständnissen ...	352
<i>Ulf-Dieter Klemm</i>	

VI. DIE DISKUSSION ÜBER DEN RICHTIGEN WEG

Der Umgang mit Staatsbankrotten im Euroraum: Bislang nur Hilfskonstruktionen	373
<i>Sebastian Dullien und Daniela Schwarzer</i>	
Der GREXIT – Warum ein Austritt aus der Währungsunion hätte helfen können	395
<i>Kai Carstensen</i>	

VII. DIE KRISE ALS CHANCE: PRAKTISCHE ANSÄTZE

Auf der Suche nach einer effizienten öffentlichen Verwaltung	415
<i>Calliope Spanou</i>	
Die Reform der griechischen Steuerverwaltung.....	431
<i>Panajótis Karkatsoúlis</i>	
Die EU-Task-Force für Griechenland: Internationale Beratung am Beispiel der griechischen Steuerverwaltung	448
<i>Sebastian Weinzierl</i>	

Kalter Krieg hinter den Kulissen: Die Auflösung von Monopolstrukturen.....	461
<i>Tássos Tálloglou</i>	
Exportindustrie und Tourismus: Ihr Potenzial für die wirtschaftliche Erholung Griechenlands	470
<i>Michael Massourákis</i>	
Griechenland als Energieproduzent: Potenzial und Rahmenbedingungen	492
<i>Danáí Diakouláki</i>	
Ein Investitionsfonds für die griechische Wirtschaft.....	511
<i>Helmut von Glasenapp und Aristoméni (Aris) M. Syngros</i>	

VIII. ANHANG

Griechische Regierungen seit 1952	527
Abkürzungen	529
Autorinnen und Autoren	533
Sach- und Personenregister	540

Vorwort der Herausgeber

Die Krise in Griechenland brach Anfang 2010 für die meisten Griechen und übrigen Europäer völlig überraschend aus. Den Griechen war es seit dem Fall der Militärregierung im Jahr 1974 von Jahr zu Jahr besser gegangen. Die Wachstumsraten lagen über dem europäischen Durchschnitt. Noch im Wahlkampf im Sommer 2009 hatte der spätere Wahlsieger Geórgios Papandréou versichert, dass »Geld vorhanden« sei.

Seit 2008 ist das griechische BIP um ein Viertel gesunken, die Arbeitslosigkeit erschreckend gestiegen, sind die schwächeren Teile der griechischen Gesellschaft mit akuter Armut konfrontiert, hat sich die Parteienlandschaft dramatisch verändert.

Im bilateralen deutsch-griechischen Verhältnis sind längst überwunden geglaubte Ressentiments an die Oberfläche getreten. Der Ton der öffentlichen Debatte wurde unfreundlich; er wurde teilweise sogar als beleidigend empfunden. Der Mangel an Wissen über Griechenland war erschreckend; die historische Wahrnehmung des Landes endet bei den meisten Nord- und Westeuropäern bei Alexander dem Großen und setzt erst wieder mit Onassis und Maria Callas ein. Die zwei Jahrtausende dazwischen liegen weitgehend im Dunkeln. Selbst griechische Nobelpreisträger wie die Lyriker Seféris und Elýtis sind unbekannt. Nur Míkis Theodorákis vermochte während der Oberristenzeit die Deutschen mit seinen Liedern für die politische Realität des Landes zu interessieren. Das blieb aber ein Intermezzo.

Sogar die brutale Besetzung Griechenlands durch die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland und Österreich aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt. Erst die Krise hat sie wieder in das öffentliche Bewusstsein gerückt, auch wenn zwischen beiden kein ursächlicher Zusammenhang besteht. Auf europäischer Ebene hat die Krise die Frage nach Ausmaß und Grenzen der Solidarität aufgeworfen. Sie hat die Notwendigkeit vor Augen geführt, die Europäische Union gegen solche Krisen zu wappnen.

Dieses Thema würde allerdings ein eigenes Buch erfordern und wird hier nur inzident behandelt.

Die Krise ist keine bloße Schulden- und Wirtschaftskrise, sondern – wie mehrere Beiträge zeigen – vor allem auch eine Krise des politischen Systems, wenn nicht sogar der griechischen Gesellschaft. Sie ist noch nicht vorbei, auch wenn die dramatischen Szenarien – Rückkehr zur Drachme, Zerfall der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – in den Hintergrund getreten sind. Wie und ob sie mit Erfolg bewältigt wird, hängt von manchen Unwägbarkeiten ab.

Dieses Buch beschreibt die Ursachen der Krise, die gegenwärtige Situation und mögliche Lösungsansätze. Dazu lassen wir griechische und deutsche, einen britischen und zwei tschechische Expertinnen und Experten zu Wort kommen. Das Buch trägt die wichtigsten Fakten und auch unterschiedliche Theorien und Ansätze zusammen. Es soll zur Versachlichung der Diskussion beitragen, die insbesondere in den ersten Jahren der Krise von Ignoranz und irreführenden Klischees geprägt war. Publizisten und Wissenschaftler, Politiker und Wähler werden detailliertes und fundiertes Wissen über die Krise noch lange brauchen.

Berlin, Oktober 2014

Ulf-Dieter Klemm und Wolfgang Schultheiß

Aussprache und Transkription griechischer Wörter

Die griechische Schrift hat Akzente für die Betonung. Bei der Transkription in lateinische Buchstaben fallen diese regelmäßig weg. Da Deutsche unwillkürlich zur Betonung auf der vorletzten Silbe neigen, führt das häufig zu einer falschen Aussprache. So werden zum Beispiel die Namen der Ministerpräsidenten Samaras und Karamanlis auf der letzten Silbe betont. Im Fließtext dieses Buchs werden alle Namen mit einem Akzent versehen.

Die Aussprache griechischer Buchstaben bzw. Buchstabenkombinationen unterscheidet sich häufig von der sogenannten erasmischen Aussprache, die in humanistischen Gymnasien gelehrt wird. Um nur die wichtigsten Abweichungen zu nennen: Beta wird wie w ausgesprochen, mp dafür wie b, gleich sechs Buchstaben oder Diphtonge (i, y, ei, oi, yi und das erasmische Äta) wie i, ai dafür wie e, die Buchstabenkombinationen gg, gk wie ng (ein nasales g) und Theta und Delta werden aspiriert, also wie ein hartes oder weiches englisches th ausgesprochen.

Eine weitere Quelle der Verwirrung ist die Tatsache, dass sich die Transkription danach richtet, in welche Sprache transkribiert wird. Früher war Französisch in der griechischen Gesellschaft vorherrschend, heute ist es in Wissenschaft und Medien das Englische. Das hat seine Spuren in den Transkriptionen hinterlassen. So wurde und wird in Namen der u-Laut wie im Französischen ou geschrieben; der Name Papandréou ist ein typisches Beispiel dafür. Das z in einem Namen ist häufig auf eine Transkription ins Englische zurückzuführen und wird daher meistens wie ein stimmhaftes s ausgesprochen. Das griechische Sigma ist hingegen immer scharf, also stimmlos; um hier die richtige Aussprache sicherzustellen, wird es mit einem doppelten s transkribiert.

Verwirrend ist der j-Laut. Im Griechischen mit gi oder ge geschrieben, wird er meistens buchstabengetreu mit gi oder (englisch) mit y transkribiert. Wir schreiben zum Beispiel, um die richtige Aussprache sicherzustellen, die frühere griechische Außenministerin Bakojánnis mit einem j, selbst wenn

man in der Presse meist die Schreibweise Bakogiánnis liest. Das griechische Chi (wie die Urlaubsregion Chalkidike) wird im Englischen mit h, im Deutschen mit ch transkribiert. Wegen der Abweichung im Anfangsbuchstaben (Auffinden in Registern usw.) folgen wir hier, etwa bei dem Namen des Ministers Hatzidákis, der üblichen Transkription, auch wenn sie für uns phonetisch verwirrend ist.

Es gibt keine überzeugende, einzig richtige und phonetisch konsequente Transkription griechischer Namen und Begriffe ins Deutsche. Auch die an der erasmischen Aussprache orientierte ISO-Norm führt häufig zu Unverständlichkeit. Das Buch hält sich als Handbuch für die Praxis an die tatsächliche Aussprache des Griechischen, fest eingebürgerte Schreibweise behält es aber bei.

Einleitung

Wolfgang Schultheiß

Als die Welt noch in Ordnung war

Als ich 2005 den Posten des Botschafters in Athen antrat, war Griechenland im Aufwind. Es hatte nicht nur erfolgreiche Olympische Sommerspiele organisiert, die Fußballeuropameisterschaft und den Eurovision Song Contest gewonnen. Auch die griechische Wirtschaft boomte. Ihre Wachstumsraten lagen weit über dem europäischen Durchschnitt.

Deutschland war das bei den Griechen beliebteste Land. Nicht nur, weil die siegreiche Fußballmannschaft von einem Deutschen trainiert worden war. In Griechenland lebten (und leben noch immer) etwa eine Million Griechen, also ein knappes Zehntel der Bevölkerung, die in Deutschland gearbeitet haben und nach durchweg guten Erfahrungen wieder nach Griechenland zurückgekehrt sind. Deutschland war – neben Italien – Griechenlands größter Handelspartner; 180 deutsche Tochtergesellschaften und Niederlassungen gaben dort 30.000 Menschen Brot und Arbeit. Es gibt das Deutsche Archäologische Institut in Athen, Goethe-Institute und Deutsche Schulen in Athen und in Thessaloniki. Mehr als zwei Millionen deutsche Touristen kamen jedes Jahr ins Land. Kurz: Die bilateralen Beziehungen zu Griechenland konnten kaum besser sein.

Deutsch-griechische Vergangenheit

Die guten Beziehungen hatten auch historische Gründe. Der erste König des modernen Griechenland, Otto (1833–62), war ein bayerischer Prinz aus dem Haus Wittelsbach. Er und seine mitgebrachten bayerischen Berater legten die Grundlagen für Verwaltung, Streitkräfte und Universität. Und obwohl die Beziehungen zwischen Otto und den Griechen, die ihn nach 30 Jahren

wieder nach Hause schickten, alles andere als spannungsfrei waren, blieben die kulturellen Verbindungen eng. Im Ersten Weltkrieg blieb Griechenland wegen der Sympathien König Konstantins für Kaiser Wilhelm zunächst neutral, doch trat es 1917 unter Ministerpräsident Venizélos auf der Seite der Entente in den Krieg ein.

Auch zu Beginn des Zweiten Weltkriegs versuchte Griechenland, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Doch vergebens. Als italienische Truppen im Herbst 1940 in Griechenland einfielen, wurden sie von den Griechen bis weit nach Albanien zurückgeschlagen. Hitler glaubte, seinem wichtigsten Verbündeten zu Hilfe eilen zu müssen, und ließ die Wehrmacht im April 1941 in Griechenland einmarschieren. Drei Jahre eines besonders blutigen Besatzungsregimes folgten. Auf die Befreiung von den Deutschen folgte der Bürgerkrieg (1946–49). Richard Clogg befasst sich in seinem Beitrag ausführlich mit dieser Zeit.

Griechenland war eines der ersten Länder, die Deutschland nach dem Krieg die Hand zur Versöhnung reichten. Bundespräsident Heuss machte 1956 hier seinen ersten Staatsbesuch. Anfang der 1960er Jahre kamen die ersten griechischen Gastarbeiter nach Deutschland, gerade aus den Orten, die durch deutsche Zerstörungen ihrer Lebensgrundlage beraubt worden waren. Zur Zeit der Obristendiktatur (1967–74) fanden viele griechische Exilpolitiker Zuflucht in Deutschland. Der griechische Staatspräsident Károlos Papoúlias und der frühere Ministerpräsident Kóstas Simítis (1996–2004) gehören zu ihnen. Sie sind die bekanntesten Namen einer großen Gruppe politisch engagierter junger Griechen, die später in ihrem Land wichtige Positionen bekleiden sollten. Die gesellschaftliche Aussöhnung wurde dadurch politisch besiegelt. In Würdigung der Demokratisierung des Landes unterstützten Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt mit ihrem ganzen politischen Gewicht den Beitritt Griechenlands zur EG (1981). Ulf-Dieter Klemm geht in seinem Beitrag auf die Höhen und Tiefen der Beziehungen zwischen beiden Ländern ein.

Im Spiegel der Medien

Es war daher völlig überraschend, dass Deutschland 2010 bei den Griechen vom Spitzenplatz an das Ende der Beliebtheitsskala abstürzte. Das Zögern der Bundesregierung, Griechenland schon Anfang 2010 finanziell unter die

Arme zu greifen, und ein veritabler Medienkrieg waren die Gründe dafür. Deutsche Medien zogen über die verschwenderischen »Pleitegriechen« her, die über ihre Verhältnisse gelebt, sich in die Währungsunion gemogelt und nun die Erwartung hätten, dass ihnen die sparsamen Deutschen aus der Patsche helfen würden. Griechische Medien warfen Deutschland vor, zu lange mit der Hilfe gewartet und die Situation dadurch drastisch verschlechtert zu haben. Sie vermuteten deutsches Hegemonialstreben und bildeten Bundeskanzlerin Merkel in SS-Uniform und mit Hakenkreuzbinde ab. Hans Bickes und seine Koautorinnen schildern das in ihrem Beitrag.

Niemand konnte überzeugend erklären, wie es in den deutschen Medien und damit, wenn auch in geringerem Maß, in der deutschen Bevölkerung zu so einem Meinungsumschwung kommen konnte. Kaum ein deutsches Medium bemühte sich, ihn aufzuhalten. Auch Politiker nicht. In Berlin war man viel zu sehr auf die innenpolitische Seite der sich anbahnenden Krise fixiert.

In Griechenland dürfte eine wichtige Rolle gespielt haben, dass Deutschland gar nicht erst versuchte, der griechischen Öffentlichkeit die Gründe für sein Zögern zu erklären. Das hat sich bei den bilateralen Beziehungen bitter gerächt.

Einer der in Griechenland kaum bekannten Gründe für die Zurückhaltung der Bundesregierung, den Griechen sofort mit Krediten zu Hilfe zu eilen, war die »no bail out-Klausel« des EU-Vertrags. Sie untersagt, einem EU-Partner unter die Arme zu greifen, wenn er in eine finanzielle Schiefelage gerät. Einige Staaten mochten sich kühl über eine solche Vertragsbestimmung hinwegsetzen. Nicht aber Deutschland. Hier wachte das Bundesverfassungsgericht über ihre Einhaltung. Bekannte kritische Geister, die schon gegen den Maastricht-Vertrag geklagt hatten, warteten erklärtermaßen nur darauf, eine Finanzhilfe der Bundesregierung für Griechenland vor dem Bundesverfassungsgericht anzufechten. Das machte die Bundesregierung mit gutem Grund extrem vorsichtig.

Erst als man sagen konnte, dass die Schuldenkrise in Griechenland eine Gefahr für die eigene Währung zu werden drohte, sah sich die Bundesregierung rechtlich und politisch legitimiert, Griechenland finanziell zu Hilfe zu eilen. Das geschah im Mai 2010, drei Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen, was alle die nachdenklich stimmen sollte, die meinen, die Bundeskanzlerin habe ihre Hilfszusage nur wegen dieser Wahl so lange hinausgezögert. Das Bundesverfassungsgericht hat übrigens den Eilantrag der Kläger wie später auch die Klage im Hauptverfahren abgewiesen; die »no bail out-

Klausel« spielt seitdem in der Diskussion keine große Rolle mehr.¹ Das Zögern der Bundesregierung hängt Deutschland in Griechenland aber immer noch nach; kein Grieche verschwendet einen Gedanken daran, welche Probleme aufgetreten wären, wenn die Hilfe der Bundesregierung für sein Land als verfassungswidrig erklärt worden wäre. Auch nicht an die Tatsache, dass sich Bundeskanzlerin Merkel gegen eine sich in der deutschen Bevölkerung herausbildende Mehrheit für eine Hilfe für Griechenland entschieden hat.

Die negative Behandlung in der deutschen Presse war für die Griechen ein Schock. Bislang waren sie genau das Gegenteil gewohnt gewesen. Viele haben sich ratlos gefragt, worauf der Schwenk von kritikloser Sympathie zu unsympathischer Kritik in weiten Teilen der deutschen Presse zurückzuführen sei. Das Verkaufsprinzip »bad news sell« und eine gehörige Portion Selbstgerechtigkeit dürften eine Rolle gespielt haben, aber auch ein wenig enttäuschte Erwartung, um nicht zu sagen: Liebe. Griechenland war und ist das gelobte Land der Humanisten und ein Paradies für deutsche Touristen. Letztere hatten das scheinbar sorglose Leben unter der Sonne Griechenlands früher mit unkritischer Sympathie gesehen. Für viele Absolventen humanistischer Gymnasien, Altphilologen und weite Kreise des Bildungsbürgertums ersetzen Studium und Wertschätzung des antiken Griechenland Kenntnis und kritischen Blick auf das heutige. Alle wurden hart auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Einige wehren sich noch dagegen, indem sie den Griechen in der Krise einen Bonus einräumen, weil ihr Land einstmals die Wiege der Kultur war. Antike Größe und Schuldenkrise haben aber nichts miteinander zu tun.

Gründe der Krise

Der moralisch griffigste Vorwurf war, dass sich Griechenland durch das Frieren seiner Wirtschaftszahlen in den Euro gemogelt habe. Nun ist die Aussagekraft von Statistiken bekanntermaßen problematisch. Schon vor Griechenlands Beitritt zur WWU reisten Delegationen der EU-Kommission jährlich zur Überprüfung der Zahlen nach Griechenland und bemängelten in ihren Berichten regelmäßig falsche und nicht belegte Angaben. Als

¹ Das mag im OMT-Verfahren vor dem EuGH, das Anfang 2015 zur Entscheidung ansteht, allerdings anders werden.

die Kommission eine stärkere Überprüfung der Haushaltsdaten aller Mitgliedstaaten vorschlug, gehörte Deutschland zu den ersten, die sich dagegen verwarhten.

Auch kam es bei der Erfüllung der Maastricht-Kriterien darauf an, in welche Richtung sich eine Volkswirtschaft bewegte. So war es durchaus möglich, dass die Gesamtverschuldung eines Staates weit über 60 Prozent des BIP lag und dennoch nicht die Aufnahme in den Kreis der Eurostaaten verhinderte, solange nur der Trend in die richtige Richtung ging. Und die Indikatoren hierfür waren, worauf Thános Verémis und Manólis Galenianós in ihren Beiträgen hinweisen, in der Regierungszeit von Kóstas Simítis durchaus positiv. Und schließlich gab und gibt es in vielen Ländern Streitpunkte, wie man bestimmte Posten bei der Berechnung der Maastricht-Kriterien einordnet. Die Empörung, hinters Licht geführt worden zu sein, ist also nur mit erheblichen Einschränkungen berechtigt.

Man hätte wissen können, dass der griechische Staat eine lange Übung darin hatte, mit Schulden zu leben. Korinna Schönhärl weiß das in ihrem Beitrag anschaulich zu schildern. Edmond About schreibt 1858 in seiner bei Hachette erschienenen Reisebeschreibung *La Grèce Contemporaine*: »Griechenland ist das einzige bekannte Beispiel eines Landes, das seit seiner Entstehung bankrott ist.« Er fügte hellsichtig hinzu: »Dieses abstrakte Gebilde, das man Staat nennt, kennen sie [die Griechen] kaum und lieben tun sie es schon gar nicht.«

Tatsächlich handelt es sich bei der gegenwärtigen Krise nur vordergründig um eine Verschuldungskrise. Im Kern ist es eine Krise des gesamten politischen Systems und der Gesellschaft; Antónis Liákos schildert ihre Entwicklung seit 1830. Das Staatsverständnis der Griechen ist entscheidend durch die Erfahrung von viereinhalb Jahrhunderten türkischer Fremdherrschaft geprägt. Die Renaissance, die Auseinandersetzung mit der Reformation und die Aufklärung im übrigen Europa sind aufgrund der politischen und kulturellen Verhältnisse fast völlig an Griechenland vorbeigegangen.

Folgen dieses Staatsverständnisses sind das Klientelsystem und eine endogene Korruption, denen Andréas Stergióu und Kóstas Bakouris mit Vassílis Sotirópoulos ihre Beiträge widmen. Beide erzeugen, lassen wir die Moral einmal beiseite, enorme gesamtwirtschaftliche Kosten. In Verbindung mit der Beibehaltung verkrusteter Monopolstrukturen und einer überdimensionierten, wenig effektiven Verwaltung, in der bei Einstellungen die politische Gefälligkeit häufig den Sieg über das Leistungsprinzip davonträgt, führen sie zu einem Absinken der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu dem großen

Leistungsbilanzdefizit, das, wie Manólis Galienanós in seinem Beitrag zeigt, letztlich – und noch vor der hohen Staatsverschuldung – der entscheidende Grund für die Finanzkrise war.

Nicht nur Politiker der regierenden Parteien betrachten den Staat als ihre legitime Beute, sondern auch die nach Parteien organisierten Gewerkschaften; der Beitrag von Gustav Auernheimer befasst sich damit. Die Kollusion von Regierung und Gewerkschaften hat den Arbeitnehmern im großen öffentlichen Sektor ordentliche Lohnzuwächse, den Parteien zufriedene Wähler und, da diese Wohltaten mit Auslandskrediten finanziert wurden, dem Staat und damit allen anderen Bürgern eine erhebliche Schuldenlast beschert.

Das Misstrauen des griechischen Bürgers gegenüber seinen Politikern und damit gegenüber dem Staat ist real. Der frühere Wirtschaftsminister Stéphanos Mános unterstützte im Herbst 2012 den Vorschlag von Bundesfinanzminister Schäuble, die Kredittranche für Griechenland auf ein Sperrkonto zu überweisen, mit den Worten: »Der Staat könnte das Geld sonst für Anderes ausgeben. Ich habe kein Vertrauen in den griechischen Staatsapparat, nicht das geringste.«² Er fügte hinzu, er wolle nichts gegen die Regierung oder einzelne Minister sagen; es gehe vielmehr um das System und darum, die Griechen vor ihrem eigenen Staatsapparat zu schützen.

Wer aber aus dem griechischen Staatsverständnis den Schluss zieht, die Griechen seien faul, irrt gewaltig und tritt ihnen wirklich zu nahe. Das Gegenteil ist richtig. Statistiken der OECD und der EU über die Jahresarbeitszeit weisen den Griechen einen Spitzenplatz zu. Das deckt sich auch mit meinen eigenen Beobachtungen: Der Ouzo trinkende Grieche auf seinem blauen Holzstühlchen im Kafenion am Meer ist zwar ein bildgewaltiger Topos, geht aber an der Arbeitsmoral der meisten Griechen vorbei.

Folgen der Krise

Die Krise trifft die Wirtschaft und die große Mehrheit der griechischen Bevölkerung hart, wie Aléxandros-Andréas Kýrtsis in seinem Beitrag schildert.

Die öffentlichen Angestellten und Rentner konnten am leichtesten zu Kasse gebeten werden. Ihr Gehalt und ihre Renten werden vom Staat aus-

² FAZ vom 29.10.2012.

gezahlt und können daher auch leicht von ihm einbehalten werden. Viel schwieriger ist es, die Steuern bei wohlhabenden und einflussreichen Freiberuflern einzutreiben. Dazu kommt es nur zögerlich, auch bei der Auswertung der Listen potenzieller Steuersünder, die durchaus vorliegen. Die bekannteste unter ihnen, die sogenannte *Lagarde-Liste*, enthält die Namen von über 2.000 Personen mit hohen Bankguthaben in der Schweiz. Die frühere französische Finanzministerin Lagarde hatte sie 2010 ihrem griechischen Kollegen Papakonstantínou übergeben; 2012 »fand« sie sein Nachfolger und jetzige Außenminister Venizélos beim Aufräumen in einer Schreibtischschublade. Es war kein Zufall, dass sich daraufhin die Aufmerksamkeit der Medien nicht der Auswertung der Liste, sondern der Einleitung eines Strafverfahrens gegen Papakonstantínou zuwandte. Weitere zwei Jahre später, Anfang Juni 2014, sagte ein Sprecher der Behörde zur Aufdeckung von Steuerdelikten, nach Auswertung der Liste seien Strafen und Nachforderungen in Höhe von 215 Millionen Euro verhängt und zum Teil auch schon bezahlt worden.

Man kann angesichts dieser Ungleichbehandlung bei der steuerlichen Behandlung nur die Geduld und die Leidensfähigkeit der griechischen Bevölkerung bewundern. Im Vergleich zu ihrer früheren Bereitschaft, bei jedem Anlass auf die Straße zu gehen und auch mal einen Generalstreik zu veranstalten, protestiert sie in der Krise nur maßvoll. Im Inneren wissen die Griechen sehr wohl, dass vor allem die eigenen Politiker für die Misere verantwortlich sind. Werden diese aber vom Ausland kritisiert, schließen sie sich zu ihrer Verteidigung zusammen. Die Politiker wiederum lasten die unangenehmen Sparmaßnahmen und die Reformpolitik auch dann, wenn sie im eigenen Interesse geboten sind, gerne der Troika an.

Zugleich haben die populistischen Parteien rechts und links erheblichen Zulauf. Erstaunlich ist der Aufstieg der SYRIZA, einer linken Sammlungsbewegung. Er ähnelt, worauf unser Autor Pános Kazákos in einem Interview hinweist, dem raschen Aufstieg der PASÓK nach 1974.³ Er nennt auch die Gründe für ihren Erfolg: das Versprechen, die Kürzungen der Einkommen und Renten und die Privatisierungen wieder rückgängig zu machen und die entlassenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes wieder einzustellen. Es ist im Endeffekt die Rückkehr zum Klientelsystem, womit Parteichef Tsípras seine Wähler lockt. Wie ernst es ihm angesichts der Haltung der EU-Staaten und des IWF damit ist, ist eine andere Frage.

³ *Griechenland Zeitung* vom 13.8.2014.

Bei der Zunahme der Rechtsradikalen, insbesondere der Chrysí Avjí, spielt die Immigration aus Asien und Afrika eine wichtige Rolle; Andréas Stergiou führt das in seinem Beitrag zu Griechenland in der EU näher aus. Ein Teil der Bevölkerung fühlt sich angesichts des unkontrollierten Zuzugs von Immigranten in traditionelle bürgerliche Wohnviertel von den etablierten Parteien allein gelassen und sucht, auch aus Frust über die hohe Arbeitslosigkeit und die als erniedrigend empfundene Kontrolle durch die Troika, ihr Heil bei dieser offen neonationalsozialistischen Partei.⁴

Wege aus der Krise

Konzepte und bilaterale Hilfe

Erfolgsrezepte, wie die EU-Partner Griechenland aus der Krise führen sollten, möglichst ohne allzu große eigene Verluste, waren insbesondere zu Beginn der Krise sehr umstritten. Die grundsätzliche Frage in der wissenschaftlichen Diskussion war, ob Griechenland den Euro verlassen und zur Drachme zurückkehren sollte, um sich von den Beschränkungen der einheitlichen Währung zu befreien und durch eine Abwertung seine Exporteinnahmen zu steigern, Schlagwort »Grexit«. Dieser Lösungsweg steht zwar nach den ersten Anzeichen wirtschaftlicher Erholung gegenwärtig nicht mehr im Zentrum der Diskussion. Das war Mitte 2013, als Kai Carstensen seinen Beitrag zu diesem Thema fertigstellte, aber ganz anders. Und auch jetzt noch sind seine Ausführungen relevant, sei es für einen künftigen Fall oder sei es für die Frage, ob ein frühzeitiger Währungsaustritt Griechenlands zu einer schnelleren Anpassung seiner Wirtschaft beigetragen hätte.

Dem Grexit stand (und steht noch) der Vorschlag eines geordneten Insolvenzverfahrens für Staaten und der Einführung von »Eurobonds« gegenüber, durch die den Griechen der Zugang zu – nicht unbeschränkten! – billigen Krediten und damit zu den notwendigen Finanzmitteln eröffnet werden würde. Sebastian Dullien und Daniela Schwarzer deklinieren diese Lösung durch. Dabei stellen sich die Unterschiede zum Grexit für Griechenland letztlich als geringer heraus, als man meinen könnte. In beiden Fällen muss Griechenland grundlegende Reformen vornehmen, um seine Wettbe-

⁴ Kazákos, ebd.